

**Nom Schre'n ward noch kein Staat gefund,
Ganz rechts und links regiert der Mund!
Im Zentrum soll'n Herz und Verstand
Das Beste finden für das Land!**

Rund um das Hakenkreuz

In einer Versammlung der NSDAP im schlesischen Deutmannsdorf gebürdet sich ein Nationalsozialist namens Kaithe nach einem Bericht der „Mittelschlesischen Zeitung“ wie ein Flegel. Er erklärte, daß man im Dritten Reich ein „Menu aus Ochsenzungen, Rindfleisch mit Timpelkrötensauce, Kalbsragout und Hundegedächtes, als Nachtschicht halte nasse Kaulquappen aufstellen und damit Katholiken, Jesuiten, und Freimaurer füttern werde.“ — Die Zentrumsbande besteht ja nur aus abgedankten Schullehrern und Geistlichen, die in der Politik ihr Unwesen treiben. Das nennt sich Diener der Kirche, denen der Papst zu Rom befohlen hat, nur dem Seelenheil am Altare zu dienen. Statt dessen erstreben sie die politische Macht, diese Hunde, diese Geldschneidenden, diese Futterkrüppel, diese Schädlinge... an den Galgen mit ihnen!

In den Versammlungen fordern die Nationalsozialisten die „Befreiung von der Zinsnechtenschaft“. Das ist ihre Theorie.

In der Praxis vertreten sie einen anderen Standpunkt. Dem: ein Inserat des Hitler-Organs „Völkischer Beobachter“ vom 9. April 1930: „Wir geben Parteigenossen langfristige Kredite. Für langfristiges Geld zahlen wir bis zu 10 Prozent Zins.“

Wie der in Vandau erscheinende „Rheinpfälzer“ mitteilt, hat in den ersten Augusttagen in einer nationalsozialistischen Versammlung in Vandau als Redner der NSDAP, Rechtsanwalt Scholz aus Ludwigshafen a. Rh. erklärt: „Die schwarze Internationale sei viel gefährlicher als die Separatisten und treibe viel mehr Landesverrat als die kommunistische Internationale.“

Mit beratend niederschmetternden Beschimpfungen will wohl die NSDAP ihre Katholikenfreundlichkeit beweisen, die sie heuchelt, wenn sie die Stimmen aus dem katholischen Lager zu fangen sucht.

Daß die nationalsozialistische Partei eine Revolutions- und Umsturzpartei ist, die das deutsche Volk in einen neuen, blutigen Bürgerkrieg führt, geht aus einem Artikel des nationalsozialistischen „Niederrheinischen Beobachters“ hervor, in dem sich folgende blutrünstigen Sätze finden:

„Die nationalrevolutionären Kräfte werden fanatischer als vorher einen Vernichtungskampf des einzelnen wider den einzelnen beginnen, vor dem die Schiffe auf Eisener, Erzberger und Rathenau nur ein leiser Vorgeschnad sind.“

Kann ein Mensch mit einem christlichen Gewissen einer Partei seine Stimme geben, die in ihrer Presse so offen den politischen Mord predigen läßt? Kann ein Deutscher einer solchen Partei seine Stimme geben, deren ganze Weisheit darin besteht, einen neuen Bürgerkrieg zu entfachen, der Deutschland völlig ruiniert und zur Weite seiner Feinde machen würde? Die Stimmziffer, die die Nationalsozialisten am 14. September aufbringen werden, bedeuten gleichzeitig eine Zählung der politischen Toren, der politischen Abenteurer und der politischen Phantasten in Deutschland.

Nazis und Sozis sorgen dafür, daß in diesem Wahlkampf auch der Humor nicht gar zu kurz kommt. Besonders die sozialdemokratischen „Flugblatt-Verfasser“ drücken in der Provinz in dieser Beziehung recht produktiv. Ergreift da nicht einer von ihnen die Feder, um das Zentrum als Partei der Sozialrecht und der Geldadinteressen „nachzuweisen“, und im blinden Eifer schreibt er drauf los:

„Nicht an Wels von der SPD, sondern an Hitler von den Nazis schrieb der Zentrumsmillionär Kirdorf: „Mein lieber Herr Hitler, zurückgekehrt von Nürnberg, drängt es mich, Ihnen meine Begeisterung zu schildern über den herrlichen Aufmarsch Ihrer Partei dort...“ Wie nett. Einer der gehäßigsten Unternehmerrichtmacher begrüßt schon eine „Arbeiterpartei“!

Leute, die Flugblätter schreiben, sollten wenigstens in der neuesten politischen Geschichte so weit Bescheid wissen, daß sie nicht Kirdorf mit — Kirdorf verwechseln könnten. Denn der zitierte Brief stammt von dem Schatzmacher Kirdorf, der aus seiner Verbannung für Hitler und aus seinen engen Beziehungen zu ihm kein Hehl macht, jetzt allerdings wieder „treu zu Hagenberg“ stehen will. Es ist aber nichts so bumm, es findet doch sein Publikum, und darum weiß man doch nicht so recht, ob man für den betreffenden Flugblatt-Verfasser auf „sahrlässig“ oder „höswillig“ plädieren soll.

Die deutsche und die französische Krankenversicherung

Soeben ist in Frankreich die pflichtmäßige Krankenversicherung eingeführt worden, 48 Jahre später als in Deutschland. Ein Jahrzehnt ist das neue französische Gesetz beraten worden, die Erfahrungen aller europäischen Industrieländer, besonders die Deutschlands und Englands, sind dabei ausgiebig benutzt worden. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens ist denkbar glücklich gewählt. Der französischen Wirtschaft geht es gut, von der Weltmarktlage, unter der wir so schwer leiden, ist Frankreich kaum betroffen, die französischen Staatsfinanzen sind wohl geordnet.

Man sollte meinen, daß unter diesen Umständen die neue Versicherung ungleich mehr zu bieten vermag, als es die deutsche Krankenversicherung tun kann. Das Gegenteil ist der Fall. Selbst in der gegenwärtigen Krisenzeit und nach Erlaß der Rotverordnung ist der deutsche Arbeitnehmer in der Krankenversicherung weit günstiger gestellt als sein französischer Kollege. Er braucht nicht wie jener eine zweimonatige Wartezeit durchzumachen, ehe ihm überhaupt ein Anspruch auf Renteleistungen zusteht. Er erhält stets freie Zahnbehandlung, die dem Franzosen nur gewährt wird, wenn sie für sein berufliches Fortkommen notwendig ist. Welche Vorwürfe hat man in Deutschland der Regierung gemacht, weil das Krankengeld nach der Rotverordnung erst vom vierten Tage der Arbeitsunfähigkeit ab gewährt wird! Nach französischem Recht beträgt diese Frist 6 Tage und kann nur für Familienväter mit mehr als 3 Kindern auf 4 Tage verkürzt werden. Vergleichlich wird man im französischen Versicherungsrecht nach einem Gegenstück zu den deutschen Vorschriften finden, nach denen die Krankenhilfe auf ein Jahr ausgedehnt und das Krankengeld bei längerer Krankheitsdauer erhöht werden kann.

Im Zeichen des Wahlkampfes

Für Liste 3

Dresden-Ost. Vor einer überfüllten Versammlung im Saale der „Union“ sprach am Donnerstag Stadtd. Müller, Dresden, über die bevorstehende Reichstagswahl. In treffender Weise charakterisierte er die Bedeutung der Entscheidung vom 14. September: entweder gelingt es dem Volke, seine innere Zerrissenheit zu überwinden, oder der Staat wird zum Spielball von Sozialdemokraten und Bankrott-Politikern. Die politischen Führer des katholischen Deutschlands haben in den vergangenen Monaten und Jahren gezeigt, daß sie es für eine Gewissenspflicht halten, in Augenblicken der Gefahr die Verantwortung zu übernehmen. Solchen Führern gehört unser Vertrauen, und nicht Volksaufwieglern, wie sie heute in den Reihen der Kommunisten und Nationalsozialisten, aber auch der Sozialdemokraten und Deutschen Nationalen den Ton angeben. — In der Aussprache wies Dr. Deszyh auf den Fortschritt hin, den das Zentrum in Dresden bei den Wahlen von 1928 zu verzeichnen gehabt habe. Diesen Fortschritt gelte es zu befestigen. Keine einzige in Sachsen abgegebene Zentrumstimme gehe verloren. Erprobter Bodenburger ermunterte in humorvollen Worten die Versammlung, mit sächsischer Höflichkeit und katholischer Bestimmtheit für ihre Sache zu werben und vor allem die Nichtwähler und Schwankenden aufzuklären. Herr Somieski charakterisierte die kulturpolitische Haltung der Deutschen Volkspartei und der Nationalsozialisten, Herr Baraczewski wandte sich mit treffenden Worten gegen die skrupellose Agitation der Sozialdemokraten. Im Schlußwort beurteilte Herr Müller unter starkem Beifall der Versammlung die Wohlwörter des Deutschen Nationalen Katholikenvereins und betonte die Notwendigkeit einmütigen Willens der Diaspora-Katholiken. — In Dresden-Ost wird das Zentrum am Wahlsonntag einen Fortschritt zu verzeichnen haben!

Runnersdorf a. d. E. (Wahlversammlung.) Die Versammlung am 3. September wurde vom H. H. Pfarrer Scholze geleitet, der im Anschluß an die Begrüßungsworte auf die Bedeutung der kommenden Reichstagswahl abhob und ernstlich ermahnte, unseren hochverdienten Führern treu die Gefolgschaft zu leisten. Herr Rev.-Förster Erik Sopka als Referent des Abends erörterte die seiner Aufgabe in geradezu meisterhafter und leichtverständlicher Weise. In der folgenden Diskussion geisterte Herr Leber als Arbeitnehmer und christlicher Gewerkschaftler das nichtmüßige Gebaren der „Genossenparteien“. — Die Hälfte der Versammlungsbesucher waren jugendliche Wähler. Unsere Parole lautet geschlossen: Wir wählen alle Liste 3.

Parteikalender

- Dresden-West (Löbtau, Cotta, Plauen). Montag, 8. September, 20 Uhr, Ratskeller, Tharandter Str.: Oberlehrer J. Schröder.
- Burgau. Dienstag, 9. September, 20 Uhr im „Wettin“: Pfarrer Kirisch, Reichenbach.

 **Wähle Büdo** Schulpflege Bodenpflege Metallputz
die Marke

Aber wie steht es mit der viel geschmähten Krankenschein- und Verschreibungsgebühr von je 50 Pf., die durch die Rotverordnung eingeführt worden sind? Ihre Einführung eine weit schwerere Belastung des französischen Versicherten: Er muß in den drei obersten Lohnklassen 20 v. H., in den beiden untersten Lohnklassen 15 v. H. der Arztkosten und außerdem in allen Lohnklassen 15 v. H. der Arzneikosten aus eigener Tasche zahlen. Daß diese Lösung sehr unsozial ist, hat man auch in Frankreich zugegeben. Der arbeitsfähige Krankenkasse kommt mit geringen Ausgaben davon. Der Arbeitsunfähige aber, der an einer schweren und langwierigen Krankheit leidet, viel ärztliche Hilfe und teure Arzneien braucht und durch den Verdienstausfall ohnehin schon schwer betroffen wird, muß auch noch hohe Kosten für Arzt und Arzneimittel aufbringen.

Brüning und Braun

Der Herr Preussische Ministerpräsident Braun hat auf seiner Wahlreise in Ostpreußen die Frage angeschnitten, wie sich die Koalitionsverhältnisse nach den Wahlen gestalten sollen, und ob Dr. Brüning die Sozialdemokratie von vornherein von der Verantwortung ausschalten will.

Herr Braun hat dabei das stolze Wort geprägt, „die Sozialdemokratie habe sich in entscheidenden und schweren Augenblicken der deutschen Geschichte der Nachkriegszeit niemals scheut, Verantwortung zu übernehmen“. Nun ja — unmittelbar nach der Revolution nicht, denn es war wohl unmöglich, daß die Teilhaber der Revolution sich in die Büsche schlugen. Aber später sah es doch bei weitem anders aus. Wir sprechen jetzt nicht von Preußen; das hat in der Hauptsache Verwaltungsaufgaben zu erfüllen, und deshalb ist die Gefahr politischer Konflikte sehr gering, und deshalb ist auch die Verantwortung besonders leicht, ja von der Sozialdemokratie sehr gern gelassen. Denn da kann man regieren, ohne parteipolitische Forderungen auf das Spiel zu setzen und ohne sich in den eigenen Reihen politisch unbesiegt zu machen.

Im Reich ist das alles anders. Da spricht man zwar von Verantwortung — und übernimmt sie wohl auch gelegentlich einmal. Aber man flüchtet schmerzhaft aus ihr heraus, wenn es heißt, wirklich Farbe zu bekennen, ob man staats- oder parteipolitisch ist. Die Zeiten von Weimar sind vorbei — und der damalige Clan der Sozialdemokratie, der sich nicht leugnen läßt, ist längst verfallen. Man ist wieder ganz Partei gemorden. Oder will Herr Braun etwa behaupten, daß beispielsweise die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem letzten Kabinett Wirth besonders verantwortungsbewußt gewesen sei, und daß sie es jetzt gegenüber dem Kabinett Brüning ist? Oder wird etwa das Verantwortungsbewußtsein daraus erkannt, daß man sich jahrelang von jeder positiven Mitarbeit in der Regierung ferngehalten hat, weil man mit den wilden Männern der U. S. P. D. in den eigenen Reihen nicht fertig werden konnte?

Dr. Brüning hat selbst Gelegenheit genommen, anlässlich einer Rede, die er gestern in Breslau gehalten hat, zu antworten. Er hat der Sozialdemokratie die Frage vorgelegt, ob denn sie die Möglichkeit sehe, mit einem Manne zusammenzuarbeiten, von dem es in einem sozialdemokratischen Wahlflugblatt heiße: „Doch mit dem Vermeiden unserer Armen, da kennt Herr Brüning kein Erbarmen“.

- Riesa. Dienstag, 9. September, 20 Uhr, Pfarrhaus: Stadtvorordner H. Müller, Dresden.
- Wgla. Dienstag, 9. September, 20 Uhr im „Central“: Lehrer Hofmann, Reichenbach.
- Rittau. Dienstag, 9. September, 20 Uhr: Dr. Prange, Berlin.
- Reichenau. Mittwoch, 10. September, 20.30 Uhr, Gasthof Stadt Zittau: Dr. Prange, Berlin.
- Dresden-Laubegau. Mittwoch, 10. September, 20 Uhr, Laubegauer Ratskeller, Leubener Straße: Apotheker S. Tränke, Dresden.
- Röhschendorf. Mittwoch, 10. September, 20 Uhr: Pfarrer J. Wühr, Dresden.
- Großhain. Mittwoch, 10. September, 20 Uhr: Stadtd. Müller, Dresden.
- Bauhen. Mittwoch, 10. September, 20 Uhr, Gefellenhaus, Gerberstraße: Jugendkundgebung (Redner: Lehrer Riffka, Berlin).
- Sebnitz. Mittwoch, 10. September: Pfarrer Kirisch, Reichenbach.
- Töbels. Mittwoch, 10. September, 20 Uhr, Gasthof Seblerer Wldk, Kirchhaff 9: J. Weis, Leipzig.
- Flöha. Mittwoch, 10. September, 20 Uhr: Dr. Karisch, Freiberg.
- Frankenberg. Mittwoch, 10. September: Dr. Deszyh, Dresden.
- Vengelsfeld. Mittwoch, 10. September, 20 Uhr: Lehrer Hofmann, Reichenbach.
- Freiberg. Donnerstag, 11. September, 20 Uhr, „Drei Raben“: Stadtd. Müller, Dresden.
- Seitendorf. Donnerstag, 11. September, 20 Uhr: Dr. Prange, Berlin.
- Bischofsmerda. Donnerstag, 11. September, 20 Uhr, „Schlesischer Hof“: Schulleiter K. Günther, Leutersdorf.
- Pirna. Donnerstag, 11. September, 19.30 Uhr, im „Adler“: Pfarrer Kirisch, Reichenbach.
- Delnsitz i. B. Donnerstag, 11. September: Stadtd. Kappel, Zwickau.
- Dresden. Freitag, 12. September, 20 Uhr, Kollingsaal: Prälat Lichtenberg, Berlin, u. Stadtd. Müller, Dresden.
- Zwickau. Freitag, 12. September, 20 Uhr im „Wadegarten“: Pfarrer Kirisch, Reichenbach.
- Ostrib. Freitag, 12. September, 20 Uhr: Dr. Prange, Berlin.
- Röbau. Sonnabend, 13. September, 20 Uhr: Dr. Prange, Berlin.
- Glauchau. Sonnabend, 13. September, 20 Uhr: Pfarrer Kirisch, Reichenbach.
- Plauen i. B. Sonnabend, 13. September, 20 Uhr: Generalsekretär Dr. Kochel, Berlin.
- Pfarrer Kirisch, Reichenbach.

Eine Frage ist der anderen wert — und Herr Braun hat Zeit genug, sich auf eine Antwort zu besinnen. Wenn wir uns aber noch erlauben dürfen, etwas hinzuzufügen, dann ist das etwas anderes. Die Frage des Ministerpräsidenten Braun ist ungefähr so, als wenn wir ihn fragen wollten, ob er schon heute wisse, wie am 15. September das Wetter sei. Ob es schneit, ob es regnet oder ob die Sonne scheint. Ob der Himmel heiter, bewölkt oder trübe ist. Und da wir nicht annehmen, daß Herr Braun trotz aller seiner Klugheit die Gabe der Prophetie besitzt, so wird er uns heute ebenso wenig antworten können, wie wir ihm. Im übrigen: Es pflegt im politischen Leben üblich zu sein, daß eine Partei stets selbst den Schlüssel für ihre Bedeutung in ihrer eigenen Hand hält.

Brannweinverbot am Wahltag

Ämtlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Innern hat bei Ämtlichen deutschen Landesregierungen angefragt, sich dem Vorgehen des Preussischen Ministers des Innern anzuschließen und für den Tag der Reichstagswahl den Auskauf von Brannwein und den Kleinhandel von Trinkbrannwein zu verbieten. Bei der durch den Wahlkampf sehr erregten leidenschaftlichen Stimmung in weiten Volksteilen erscheint ein solches Verbot besonders dringend. Das neue Wahlgesetz vom 28. April 1930 gibt den obersten Landesbehörden die Ermächtigung zu einem solchen Verbot.

Gemeinde- und Vereinswesen

§ 10. (Vollversammlung.) Der Volksverein für das katholische Deutschland hatte für Donnerstag zu einem Gemeindevorstand eingeladen, um vom weltanschaulichen Standpunkt aus die kommenden Reichstagswahlen Stellung zu nehmen. Der Reichsleiter Karl von Helldorf hielt einen ganz ausserordentlich vorzüglichen Vortrag, der an Durchsicht nichts zu wünschen ließ. Der einigstimmige Grundgedanke Helldorfs hat mit Vollkraft nicht zu tun, ist grundsätzlich und wird durch die Tatsachen völlig gestützt. Jede Partei wagt es in irgend einer Weltanschauung. Unfrei ist der, der im Staat nur den Reichen, oder etwas ähnlichen Reichtum, von dem er die Erfüllung all seiner Wünsche erhofft. Der Redner gab folgende Resolutionen: 1. Wähle die Partei, die am wenigsten verpönt ist. 2. Wähle die Partei, die am wenigsten schimpft. 3. Wähle niemals eine Partei, die nur die Interessen einer Klasse oder eines Standes vertritt. Inwieweit die Partei, in der alle Berufs- und Schichten vertreten sind und die dadurch ein Abbild der Volksgemeinschaft ist. Die Rettung des Volkes ist nur möglich unter Zurückstellung aller Sonderinteressen. Gegenwärtig ist die wichtigste Aufgabe unter schweren Opfern die Finanzen in Ordnung zu bringen, denn ohne sie bricht die soziale Forderung zusammen, und auch die Beamten, Mittelständler und Landwirte haben das größte Interesse an dieser schweren Aufgabe. Liberalismus und Kulturpöbelismus haben schon viel erreicht in der Zerrüttung der christlichen Kultur (Ehe, § 218 usw.). Der Nationalsozialismus muß vom Katholiken streng abgelehnt werden. Staatraubende Beispiele für die antikatholische Einstellung dieser angeblichen Vaterlandsliebe wurden beigebracht. Für die Katholiken gibt es nur eine Partei, die für uns in Betracht kommt, das ist die Zentrumspartei. Mitglieder des Jungfrauen- und Gefellenvereins boten das lokale Stück „Morum novorum“ von Weg an der Klause, das trefflich gespielt, keine Wirkung nicht verfehlte. Es ist zu begrüßen, daß überall die katholischen Kreise aus ihrer manchmal übertriebenen Zurückhaltung herausgetreten in dem Bewußtsein, daß ein Zentrumserfolg am 14. September auch ein Erfolg für unsere katholischen Kreise ist.